

Hauptmenü

[Themen des Tages](#)
[Leser-Diskussion](#)
[Gästebuch](#)
[Impressum](#)
[Archiv](#)
[Mail-Abo](#)

Themen

[Menschen](#)
[Leben und Arbeit](#)
[Hintergründe](#)
[Umwelt](#)
[Freizeit](#)
[Überregionales](#)

Leben und Arbeit -> Wirtschaft**Wenn Filme und Musik über den Firmenanschluss rauschen...**

...kann sogar das Unternehmen selbst haftbar gemacht werden

Baesweiler (dc) - In Zeiten von Flatrates und intensiver Online-Nutzung in vielen Betrieben fällt es vielleicht nicht mehr auf... aber nicht alle Mitarbeiter nutzen den betrieblichen Internet-Anschluss nur für die tägliche Arbeit. Manchmal auch für sehr privates und dann kann es ein Problem werden: Das Unternehmen ist nämlich Sorgfaltspflichtig und das heisst im ungünstigsten Fall, dass auch der Betrieb haftbar gemacht werden kann, wenn Mitarbeiter z.B. vom Arbeitsplatz aus illegal Filme, Musik oder Software „laden“.

Leider wissen nur die, die einen gesetzlich vorgeschriebenen internen oder externen Datenschutzbeauftragten ernannt haben, dass ein Unternehmer auch für seine Angestellten haftet. Nutzen diese Tauschbörsen, wie z.B. Kazaa oder eDonkey, und laden im Unternehmensnetzwerk geschützte audio- oder visuelle Produkte herunter, so trägt der Unternehmer die rechtlichen Konsequenzen.

“Grundlegende Sorgfaltspflichten verletzt jeder Unternehmer, der einen ungesicherten Internetzugang ohne Nutzungsregelung seinen Mitarbeitern überlässt. Nur wenn der Mitarbeiter, Auszubildende, Praktikant etc. eindeutig identifiziert werden kann und nach BDSG (Bundesdatenschutzgesetz= → http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bdsg_1990/htmltree.html) unterwiesen wurde, verletzt der Arbeitgeber seine Sorgfaltspflicht nicht.“ so der Sachverständige Stefan Kleinermann von Kleinermann & Sohn GmbH aus Baesweiler.

Gerade hier greift das novellierte Bundesdatenschutzgesetz, das jeden Unternehmer absichert und verbindliche Regelungen im Unternehmen vorschreibt und dokumentiert.

Kleinermann weist darauf hin, das spätestens jetzt die Umsetzung zwingend erforderlich, da der Deutsche Phonoverband eine groß angelegte Kampagne gegen den Filesharing-Mißbrauch initiiert hat und schon weitere 67 Gerichtsverfahren anhängig sind.

So geschehen in Cottbus, wo das Amtsgericht einen Auszubildenden wegen Filesharing-Mißbrauch zu 80 Tagessätzen Strafe und zusätzlichem Schadensersatz verurteilte.

Der Durchgriff der Gerichte ist alleine schon durch die Neuregelung im BDSG gegeben, da die Behörden nun auch ohne besonderen Anlass, also auch ohne z.B. einen Anfangsverdacht oder einer vorliegenden Anzeige, die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen prüfen können. Selbst diese Nichteinhaltung wird als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld bis zu 25.000 Euro geahndet. Der Datenmissbrauch - und damit auch ein Filesharing-Mißbrauch - noch deutlich höher mit bis zu 250.000 Euro Bußgeld.

Aktenzeichen des Urteils: 95 DS 1653 Js 15556/04 (57/04)

(Quelle: EDV Kleinermann & Sohn GmbH)